

Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiöser Radikalisierung in Deutschland.

Marcus Kober^{a1}

^aWissenschaftlicher Mitarbeiter, Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)

Abstract

Mit gezielter staatlicher Förderung ist in den letzten Jahren die Anzahl von Maßnahmen zur Prävention von islamistischem Extremismus stark angestiegen. Es wird von Seiten der Wissenschaft und Politik in zunehmendem Maße die Notwendigkeit artikuliert diese Maßnahmen und Projekte zu evaluieren. Der Beitrag stellt Ergebnisse einer Übersichtsarbeit vor, die vom Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK) durchgeführt wurde, um vorhandene Evaluationen zu ermitteln und deren Methodik, Fragestellungen und Ergebnisse vergleichend in den Blick zu nehmen. Es wird zunächst das Handlungsfeld skizziert sowie im Anschluss das methodische Vorgehen der Übersichtsarbeit dargestellt. Für lediglich sieben Präventionsprojekte konnten insgesamt elf Evaluationsstudien ermittelt werden. Bei deren Analyse wird festgestellt, dass das methodische Niveau vorhandener Evaluationen weitgehend niedrig und Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen kaum vorhanden sind. Es sind daher nahezu keine Rückschlüsse möglich, ob Präventionsprojekte Radikalisierung verhindern, begünstigen oder wirkungslos bleiben. Abschließend werden daher vorhandene Forschungsdefizite benannt und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes ausgesprochen.

Article History

Received March 27, 2017

Accepted May 30, 2017

Published June 30, 2017

Keywords: Evaluation, Extremismusprävention, Metaanalyse

Einleitung²

Der Dschihadismus ist gegenwärtig eine der einflussreichsten gewaltbereiten Ideologien weltweit. Er prägt zahlreiche bewaffnete Konflikte und mobilisiert in vielen

¹ Corresponding Author Contact: Marcus Kober, Email: marcus.kober@bmi.bund.de Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK), Bundesministerium des Innern, Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn, Germany

² Der ganz herzliche Dank des Autors gilt Milena Ullmann und Daniel Köhler für den inspirierenden und motivierenden kollegialen Gedankenaustausch sowie zwei unbekanntem Gutachtern für ihre konstruktiven Anregungen.

Ländern neue Anhänger. Auch in Deutschland versuchen fundamentalistische und dschihadistische Gruppen wie der Islamische Staat oder al-Qaida Menschen von Ihrer Weltanschauung zu überzeugen und neue Mitglieder zu rekrutieren. Seit Jahren wächst in Deutschland die Anzahl der polizeilich diesem Extremistenkreis zugerechneten Personen. Von den Behörden werden mittlerweile und bisher mit steigender Tendenz rund 1.600 Personen (Stand März 2017: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11369) dem islamistisch-terroristischen Spektrum zugerechnet. Nach Angaben der Bundesregierung sind 586 Personen als religiös ideologisierte „Gefährder“ eingestuft (Stand März 2017: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11369). Nachdem die Anzahl der sogenannten Salafisten im Jahr 2015 noch mit 8.350 beziffert wurde, gehören nach Einschätzung des Verfassungsschutzes mittlerweile 9.700 Personen der salafistischen Bewegung an (Stand Januar 2017: Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maasen im dpa Interview vom 07.01.2017), von der Teile ebenfalls eine militante Ideologie befürworten. Militanten islamistischen Strömungen ist die Fähigkeit zur Mobilisierung und insofern eine starke Wirkkraft zu attestieren, weil sie ethnisch, sprachlich, politisch und sozial unterschiedliche Personengruppen mit einer vermeintlich religiös begründeten, internationalistischen gewaltorientierten Ideologie zu einen vermag (Farschid 2016, 11). Strafverfolgungsbehörden, Verfassungsschutz und Justiz sind dadurch sowohl phänomenologisch als auch im Hinblick auf ihre vorhandenen Ressourcen vor außerordentliche Herausforderungen gestellt. So sieht der Generalbundesanwalt Peter Frank seine Behörde durch die Bekämpfung des Terrorismus an der „Grenze der Leistungsfähigkeit“³ und der Präsident des Bundeskriminalamtes Holger Münch stellt einen „Ressourcenengpass“⁴ bei der Überwachung von Islamisten fest.

³ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/bundesanwaltschaft-peter-frankgeneralbundesanwalt-brief-unterstuetzung-terrorverfahren>, ZEIT ONLINE vom 4. Februar 2017.

⁴ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bka-hat-zu-wenig-personal-fuer-islamisten-ueberwachung-a-1035273.html>, SPIEGEL ONLINE vom 23. Mai 2015.

Präventionsbedarf

Konsens besteht dahingehend, dass zur Bewältigung der mit dieser Entwicklung verbundenen Gefahren, über die unmittelbare Gefahrenabwehr der Sicherheitsbehörden hinausgehend, vielfältige Ansätze der Prävention erforderlich sind (El-Mafaalani et. al. 2016, 25). Angesichts dieser Bedarfe sind in den letzten Jahren viele Projekte der Prävention und Intervention von staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Akteuren initiiert worden. Dabei stehen die Akteure in diesem vergleichsweise jungen Handlungsfeld vor verschiedenen Herausforderungen.

Herausforderungen für die Präventionspraxis

Zu klären ist beispielsweise was in diesem Kontext unter Prävention bzw. Intervention und Deradikalisierung überhaupt zu verstehen ist und worauf sich diese richten sollten (Ceylan & Kiefer 2013, 99)? Soll in erster Linie dem gewaltbereiten Islamismus vorgebeugt werden oder richten sich die Präventionsmaßnahmen auch an islamistische Fundamentalisten, die eine Anwendung von Gewalt, aber zugleich auch Grundwerte der deutschen Verfassung ablehnen? Was sind Voraussetzungen und Prämissen erfolgreicher Präventionsarbeit und wo liegen deren Grenzen und möglichen Gefahren (Ceylan & Kiefer 2013, 99)? Als eine potentielle Gefahr ist etwa die mögliche Stigmatisierung von Muslimen anzusehen, die sich - wie Erfahrungen aus Großbritannien zeigen - aus einer Überbetonung religiöser Aspekte in der Radikalisierungsprävention sowie einer Konzentration von Maßnahmen auf muslimische Bevölkerungsteile ergeben kann (Mastroe 2016, 53, Kiefer 2013, 4). Erkenntnisse aus Großbritannien verweisen zudem auf die Bedeutung sowie auf mögliche Probleme, die aus der Wahl der richtigen Partner in der Präventionsarbeit erwachsen. Die Befähigung zur religiösen Betreuung radikalisierter Personen (etwa durch Imame) sowie deren Glaubwürdigkeit in der Zielgruppe nimmt mit konservativer Ausrichtung der Partner zu, womit zugleich die Gefahr der Einbindung ebenfalls „radikaler“ Kräfte steigt (Köhler 2016, 190).

Bereits die den Präventionsmaßnahmen zugrundeliegende Problemdefinition bereitet nicht selten Schwierigkeiten. Sollen etwa Einstellungen und Haltungen in einer Zielgruppe beeinflusst werden, stellt sich die Frage, wie diese überhaupt trennscharf zu ermitteln sind. In der Rolle eines „Problemdefinierers“ stellen sich Projektverantwortlichen im Prozess einer normativen Setzung demzufolge zwei Herausforderungen: Zum einen gilt es zu bestimmen, welche Einstellungen und Haltungen als problematisch zu bewerten sind und zum anderen müssen Grenzziehungen zu tolerierten Einstellungen vorgenommen werden (Ceylan & Kiefer 2013, 101). Noch grundsätzlicher ist zu klären, wer, mit welcher Legitimität festlegen kann und sollte, welche Interpretationen und religiösen Auffassungen in welche Richtung verändert werden sollten (Köhler 2016, 187).

Bestandsaufnahmen der Präventionslandschaft

Trotz vieler offener Grundsatzfragen sind in den letzten Jahren, u.a. in Folge einer gezielten staatlichen Förderung, eine Vielzahl neuer Maßnahmen zur Prävention religiöser Radikalisierung entstanden. Präventions- und Interventionsprojekte lassen sich im Hinblick auf deren Anzahl, Ausrichtung und Inhalte angesichts der hohen Dynamik des Arbeitsfeldes kaum noch überblicken. Mit dem Ziel einen besseren Überblick über die Präventionslandschaft zu ermöglichen, sind 2016/2017 mehrere Bestandsaufnahmen und Systematiken staatlicher und zivilgesellschaftlicher Präventions- und Interventionsprojekte veröffentlicht worden. Zu deren zentralen Befunden zählen u.a. die folgenden Aspekte:

- Die Anzahl staatlicher sowie zivilgesellschaftlicher Projekte zur Prävention von religiös motiviertem Extremismus ist mit Stand 2014/2015 auf etwa 103 zu beziffern (Bundeskriminalamt 2017, 23) und dürfte im Jahr 2016 noch angewachsen sein. Schwerpunktmäßig werden diese Projekte in den westlichen Bundesländern (75%) betrieben, was sich damit erklären lässt, dass dort auch die Mehrzahl bekannter Hochburgen islamistischer Radikalisierung zu verorten sind (Bundeskriminalamt 2017, 12). Zu gleichen Teilen werden Präventionsprojekte in diesem Themenfeld

jeweils zur Hälfte von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren betrieben (Bundeskriminalamt 2017, 17).

- Konzeptionell sind Präventions- und Interventionsformate in vielen Fällen noch nicht ausgereift, sondern werden vielmehr durch einen erkundenden Problemzugang charakterisiert. Mitursächlich dafür sind fehlende Erfahrungen in diesem Handlungsfeld und die Komplexität sowie ständige Veränderungen des Phänomens des religiösen Extremismus (Trautmann & Zick 2016, 68).
- Des Weiteren werden Erkenntnisdefizite im Bereich der Grundlagenforschung herausgestellt (El-Mafaalani et. al. 2016, 26). Bereits zu den Ursachen und Wirkungszusammenhängen religiöser Radikalisierung liegt wenig empirisch fundiertes Wissen vor, weshalb es kaum überrascht, dass sich dieser Befund auch auf die Gegenstrategien und -maßnahmen übertragen lässt (Leistner, Schau & Johansson 2014, 61). Als mitursächlich dafür wird angesehen, dass es sich beim islamistischen Extremismus um ein in Deutschland vergleichsweise junges Phänomen handelt.

Eigenen Angaben zufolge lassen sich viele Präventionsprojekte - zum Teil mittels wissenschaftlicher Begleitforschung durch externe Institute - evaluieren. Doch sind vorhandene, d.h. abgeschlossene Evaluationen in aller Regel nicht veröffentlicht und auch auf Nachfrage nicht zugänglich (Bundeskriminalamt 2017, 36). Weitgehend übereinstimmend wird daher ein Mangel an formativen, prozess- sowie wirkungsorientierten evaluativen Erkenntnissen attestiert. Es liegen mit anderen Worten nur rudimentäre Erkenntnisse z.B. über Rahmenbedingungen, die Erreichung von Zielgruppen, konkrete Projekthalte, Gelingensbedingungen, Problemstellungen, Erfolge und Wirkungen der vielfältigen Projekte vor. Als bedenklich wird der enorm schwierige Zugang zu Evaluationsergebnissen angesehen, wodurch eine Bewertung der Qualität von Präventionsmaßnahmen sowie ein Erfahrungsaustausch bzw. ein Prozess des wechselseitigen voneinander Lernens deutlich erschwert werden (Bundeskriminalamt 2017, 36). Vermehrten Evaluationen bzw. deren Veröffentlichung wird daher eine große Bedeutung beigemessen (Vgl. Kiefer 2015, 48; El-Mafaalani et. al. 2016, 27).

Fragestellung und Methodik der Übersichtsarbeit

Vor diesem Hintergrund ist die Übersichtsarbeit folgenden Fragen nachgegangen: Welche frei zugänglichen Evaluationen von Projekten und Maßnahmen gibt es in diesem Handlungsfeld? Mit welchen Methoden und Zielsetzungen wurden diese Evaluationen durchgeführt? Zu welchen Ergebnissen kommen vorhandene Evaluationen und lassen sich diese Ergebnisse zu zentralen Erkenntnissen zusammenfassen? Wo bestehen Erkenntnislücken und wie lassen sich diese methodisch und instrumentell schließen? Das Erkenntnisinteresse schloss dabei Maßnahmen und Projekte der universellen, selektiven oder indizierten Prävention gleichermaßen ein.

Der Zweck von Übersichtsarbeiten

Systematische Übersichtsarbeiten stellen eine Methode dar, um wissenschaftliche Befunde in Primärstudien zu identifizieren, zu bewerten und - soweit möglich - zusammenzuführen. Ihr wesentlicher Zweck besteht darin, Praktikern, Wissenschaftlern, Politikern und anderen Zielgruppen einen schnellen Überblick über den Forschungsstand, zentrale Ergebnisse sowie Schlussfolgerungen in einem Handlungsfeld zu vermitteln (Hasseler 2007, 250).

Methodisches Vorgehen

Wie zur Durchführung von Übersichtsarbeiten üblich, wurde zunächst eine systematische Recherche nach einschlägigen Evaluationsstudien (in der Wissenschaftsdatenbank EBSCO sowie mit Google Scholar) durchgeführt. Such- und Einschlusskriterien für die Berücksichtigung von Studien und Berichten waren, dass diese

- Hinweise auf die Evaluation von Maßnahmen und Projekten,
- zur Vorbeugung religiöser Radikalisierung,
- in Deutschland

beinhalten.

Die Suche nach relevanten Veröffentlichungen ist in einem zweiten Schritt auf eine Google-Abfrage sowie themenspezifische Fachportale (die kriminologische Literaturdatenbank KrimDok sowie die Onlinedokumentation des Deutschen Präventionstages) ausgeweitet worden. Ein weiterer Weg zur Identifikation relevanter Berichte und Studien bestand darin, versierte Wissenschaftler aus dem Bereich der Radikalisierungsprävention um Hinweis auf weitere einschlägige Evaluationsberichte zu bitten. Im Schneeballverfahren wurden schließlich auf Basis ermittelter Schlüsseltexte weitere Berichte gesucht und in die Auswertung einbezogen. Gerade dieser Zugang zum Auffinden themenbezogener Evaluationen hat sich als zielführend erwiesen.

Weitgehend handelt es sich bei den ermittelten Evaluationsberichten um „graue Literatur“, die weder in Buchform noch als Aufsatz in wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert und in Folge dessen nicht systematisch zu recherchieren sind. Die Erfahrungen der Literaturrecherche decken sich mit der Einschätzung Köhlers (2013a, 20), dass in Deutschland vorliegende Erfahrungen im Bereich der Prävention von islamistischem Extremismus international bisher kaum veröffentlicht und rezipiert worden sind. In Folge dessen haben sich sonst übliche Vorgehensweisen der Recherche in diesem Themenbereich als wenig fruchtbar erwiesen.

Rechercheergebnisse

Auf Basis der genannten Einschlusskriterien konnten insgesamt sieben Präventionsprojekte identifiziert werden, zu denen evaluative Erkenntnisse in Primärberichten publiziert worden sind. Angesichts der geringen Anzahl zugänglicher Evaluationen sind auch solche Berichte in die Auswertung aufgenommen worden, die von den Autoren nicht dezidiert als Evaluationsberichte verfasst worden sind, jedoch Informationen von evaluativem Wert beinhalten. An die untersuchten Berichte konnten in Folge dessen jedoch nicht die gleichen Qualitätskriterien - etwa im Hinblick auf deren Fragestellung, theoretische Verortung, Methodenwahl, Untersuchungsdesign und Ergebnisdarstellung (vgl. Mayring 2012, 292) -

angelegt werden, wie dies im Rahmen von Übersichtsarbeiten üblicherweise vorausgesetzt wird.

Eine Übersichtsarbeit zum Thema Prävention von religiösem Extremismus in Deutschland wäre unter Anwendung der oben genannten wissenschaftlichen Qualitätsmaßstäbe für die Auswahl und Bewertung von Primärstudien derzeit nicht durchführbar gewesen. Trotz der dünnen empirischen Erkenntnislage werden die vorhandenen Evaluationen im Folgenden dennoch vergleichend vorgestellt, mit dem Ziel einen fachlichen Diskurs in diesem sich entwickelnden Handlungsfeld anzuregen.

Würdigung der Berichte und Studien

Sowohl die den Studien und Berichten zugrundeliegenden Präventionsmaßnahmen und -projekte als auch die Evaluationen unterscheiden sich in verschiedener Hinsicht. Im Hinblick auf die Zielrichtung der evaluierten Maßnahmen sind diese der universellen, selektiven oder indizierten Prävention zuzurechnen.⁵

Zielrichtungen der Präventionsprojekte

Maßnahmen der Radikalisierungsprävention lassen sich grundsätzlich danach unterscheiden, ob sie im Vorfeld einer potentiellen Radikalisierung ansetzen, also der Prävention im engeren Sinne zuzuordnen sind (universelle Prävention) oder sich an besonders radikalierungsgefährdete Personen richten (selektive Prävention) (Neumann 2015, 199). Maßnahmen der Intervention und Deradikalisierung (indizierte Prävention) schließlich adressieren den aktiven Teil eines radikalen Milieus mit dem Ziel der Herauslösung oder Aufbrechung von ideologischen und sozialen Strukturen (Köhler 2014a, 23).

⁵ Ebenso gebräuchlich für die Zuordnung von Maßnahmen sind die vielfach analog verwendeten Begriffe „primäre“, „sekundäre“ oder „tertiäre Prävention“.

Tabelle 1: Einbezogene Präventionsprojekte und Berichte

Projektname	Präventionsbereich	Evaluationsperspektive	Quellen
<i>Hayat (1)</i>	Selektiv - Indiziert	Formativ - Prozessorientiert	Linea & Dantschke 2016, Köhler 2014b, Köhler 2013b, Dantschke & Köhler 2013
<i>HEROS (2)</i>	Selektiv	Prozessorientiert - Summativ	Raab & Stuppert 2015, Kavemann 2012
<i>Ibrahim trifft Abraham (3)</i>	Universell - Selektiv	Formativ - Prozessorientiert	Kiefer 2013, Kiefer 2014
<i>Interkultureller Dialog (4)</i>	Universell - Selektiv	Prozessorientiert - Summativ	Adams & Schmitz 2010
<i>MAXIME (5)</i>	Universell - Selektiv	Formativ - Prozessorientiert	Hayes 2013
<i>Regionaler Sicherheitsdialog (6)</i>	Universell - Selektiv	Prozessorientiert	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 2013
<i>VPN-Trainingskurse (7)</i>	Indiziert	Summativ	Lukas 2012

Wie Tabelle 1 verdeutlicht, sind vier der den Evaluationsberichten zugrundeliegenden Projekte an der Schnittstelle zwischen universeller und selektiver Prävention zu verorten. Zum einen setzen sie also im Vorfeld einer potentiellen Radikalisierung an und richten sich an Zielgruppen in der Bevölkerung, die durch keine spezifischen Risikofaktoren gekennzeichnet sind. Beispiele solcher Maßnahmen sind etwa interreligiöse Workshops oder Nahost-Workshops wie sie im Projekt MAXIME (5) angeboten werden. Es handelt sich dabei um pädagogisch orientierte Angebote, die darauf abzielen, Wissen zu vermitteln, Vorurteile

abzubauen und interkulturelle Lernprozesse zu initiieren. Daneben fokussieren diese Projekte zumindest mit einzelnen Projektbausteinen zugleich aber auch auf Zielgruppen denen bestimmte Gefährdungspotentiale zugeschrieben werden. Dies können Angebote etwa für potentiell gefährdete Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Milieus (zum Beispiel im Projekt „Interkultureller Dialog“ (4) oder Maßnahmen sein, die, wie im Fall des Projektes „Ibrahim trifft Abraham“ (3), auf eine Stärkung des Toleranzvermögens und der Dialogkompetenz abzielen, wobei insbesondere Jungen aus bildungsbenachteiligten Milieus mit Zuwanderungshintergrund erreicht werden sollen (Kiefer 2013, 10).

Dem Bereich der selektiven Prävention sind aber auch solche Maßnahmen zuzurechnen (Steffen 2015, 54), die sich an Fachkräfte und Multiplikatoren (beispielsweise Lehrer oder Sozialarbeiter) richten, die mit den fokussierten Zielgruppen arbeiten und in einem engen Kontakt zu ihnen stehen. Beispiele dafür sind etwa Fortbildungsangebote für Fachkräfte aus den Bereichen Schule und Jugendhilfe im Projekt MAXIME (5) oder für Mitarbeiter lokaler Behörden und zivilgesellschaftliche Akteure im Projekt „Regionaler Sicherheitsdialog“ (6). Dezidiert dem Bereich der selektiven Prävention zuzuordnen ist das Projekt HEROS, das direkt an männliche Jugendliche ab ca. 16 Jahren adressiert ist, die aus sogenannten Ehrenkulturen stammen. Zielsetzung dieses Projektes ist es, männliche Jugendliche zu befähigen, Einstellungen zu Geschlechter- oder Generationenverhältnissen sowie hinsichtlich gesellschaftlicher Verhältnisse zu hinterfragen. Es werden dazu Diskriminierungserfahrungen der jungen Männer als Mitglieder von Einwanderungsfamilien aufgegriffen, für gesellschaftliche Veränderungsfähigkeit sensibilisiert und Selbstwirksamkeitserfahrungen vermittelt (Kavemann 2012, 5). Zwei Projekte sind dem Bereich der indizierten Prävention zuzuordnen und richten sich entweder direkt an Extremisten (Projekt HAYAT (1) sowie VPN-Trainingskurse (7) oder indirekt an das nahe soziale Umfeld radikalisierter Personen (Familie, Freunde, Lehrer etc.) im Fall des Projektes HAYAT (1).

Ein direkter Vergleich der Evaluationen bzw. eine Zusammenführung von Evaluationsergebnissen, wie dies üblicherweise mit der Erstellung von Übersichtsarbeiten

intendiert ist, scheidet im vorliegenden Fall auch deshalb bereits aus, weil die den Evaluationen zugrundeliegenden Projekte verschiedenen Präventionsfeldern zuzuordnen und deshalb einem Vergleich kaum zugänglich sind.

Evaluationperspektiven

Nicht nur die evaluierten Projekte, sondern auch die Evaluationen als solche verfolgen unterschiedliche Zielsetzungen. Abhängig vom Zeitpunkt ihrer Durchführung sowie ihrem Erkenntnisinteresse lassen sich formative, prozessorientierte und summative Evaluationen unterscheiden. Formative Evaluationen haben die Ausgestaltung, Implementierung aber auch Verbesserung laufender Interventionen zum Gegenstand. Sie verfolgen vor allem das Ziel, die Konzeption und Gestaltung eines Projektes zu begleiten, zu dessen Verbesserung beizutragen und Ressourcen möglichst effektiv einzusetzen. Während der Projekt- bzw. Maßnahmenumsetzung dienen begleitende Prozessevaluationen insbesondere dazu, die Implementierung und Umsetzung eines Handlungsansatzes kritisch zu reflektieren, um beabsichtigte Effekte nachzuweisen und nicht beabsichtigte und unerwünschte Nebenwirkungen zu identifizieren. Prozessevaluationen fokussieren auf die internen Dynamiken sowie aktuellen Umsetzungen eines Projektes und analysieren seine Stärken und Schwächen (Univation 2004, 34). Gegenstand summativer Evaluationen sind dagegen Schlussfolgerungen über die Wirksamkeit, Güte und Anwendbarkeit eines Projektes oder einer Maßnahme. Zudem sind diese so konzipiert, dass für Projektverantwortliche Entscheidungsgrundlagen bereitgestellt werden, ob ein Projekt bzw. eine Maßnahme beibehalten, erweitert, reduziert oder eingestellt werden sollte (Univation 2004, 41). In der Praxis sind Evaluationen diesen Zielrichtungen nicht immer trennscharf zuzuordnen, sondern weisen zumeist Elemente verschiedener Evaluationstypen auf. Deziert für Maßnahmen der Extremismusprävention schlägt Köhler (KPEBW 2016) eine kombinierte Bewertung formativer sowie prozessorientierter Aspekte der Präventionsarbeit anhand festgelegter Qualitätsstandards - in Form einer strukturellen Integritätsanalyse - vor. Als Bewertungsgrundlage einer solchen Analyse werden Kriterien herangezogen, die einen

empirisch nachgewiesenen Zusammenhang mit niedrigen Rückfall- bzw. Abbruchquoten und einem nachhaltigen Verhaltenswandel bei Teilnehmern aufweisen (KPEBW 2016, 22). Vorzüge der Anwendung eines solchen standardisierten Bewertungsinstruments sind dessen Evidenzbasierung, die vergleichsweise leichte Anwendbarkeit sowie die verbesserte Vergleichbarkeit von Evaluationsergebnissen.

In den Evaluationsberichten sind deren Zielsetzungen nur in Einzelfällen (etwa bei den Projekten „Interkultureller Dialog“; „HEROS“ oder „VPN-Trainingskurse“) explizit benannt. Mit Blick auf die Projekte „Hayat“ und „Ibrahim trifft Abraham“ ist dies insofern nachvollziehbar, als es sich bei den berücksichtigten Texten nicht um originäre Evaluationsberichte, sondern um Projektberichte mit evaluativ relevantem Inhalt handelt. In anderen Fällen ist jedoch ein gravierendes Versäumnis zu konstatieren, da Evaluationen nur einen Mehrwert erzielen können, wenn ihre Zielsetzungen von Anfang an klar benannt sind (Romaniuk & Fink 2012, 10).

Vier der Evaluationsberichte verfolgen in erster Linie formative und prozessorientierte Fragestellungen (vgl. Tabelle 1). Dazu gehören etwa die theoretische Verortung der Projekte, eine Darstellung der im Rahmen des Projektes verwendeten Konzepte (Zielsetzungen etc.) und Methoden sowie ein Überblick über die im Projektverlauf erbrachten Leistungen. Weitere Aspekte betreffen etwa die Ressourcenausstattung, den Zielgruppenzugang, die Charakterisierung von Projektteilnehmern, die Kooperation mit anderen Akteuren sowie die Darstellung aufgetretener Probleme (Kiefer 2013 sowie Dantschke & Köhler 2013).

In fünf Berichten werden auch Fragen nach dem Erfolg der evaluierten Projekte aufgeworfen. Es werden diesbezüglich etwa Befragungsergebnisse zur Qualität der Angebote sowie zu Selbsteinschätzungen von themenbezogenen Wissenszuwächsen und Wirkungen in den verschiedenen Zielgruppen vorgestellt (Raab & Stubbert 2015, Hayes 2013, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 2013). Auf Grundlage der erhobenen Daten werden zudem Aussagen zur Wirksamkeit der umgesetzten Maßnahmen aus Sicht der Evaluatoren getroffen (Raab & Stubbert 2015, Hayes 2013, Adams & Schmitz 2010, Kavemann 2012).

Nur zwei Evaluationen zielen zentral auf die Ermittlung von Maßnahmewirkungen von Projekten ab (Raab & Stubbert 2015, Lukas 2012).

Evaluationsmethoden

Im Zuge der in erster Linie formativ ausgerichteten Evaluationen wurden keine empirischen Datenerhebungen durchgeführt, sondern auf das projektbezogene Erfahrungswissen bzw. auf Informationen aus dem Projektcontrolling zurückgegriffen (Köhler 2013b, Kiefer 2013). Es handelt sich in diesen Fällen insofern um interne Evaluationen als die Autoren Projektentwickler bzw. -mitarbeiter sind.

In den vier prozess- bzw. summativ orientierten Evaluationen sind sowohl qualitative als auch quantitative Methoden verwendet worden. Dazu gehörten leitfadengestützte Interviews mit Teilnehmern, Projektbeteiligten, Stakeholdern oder tangierten Fachkräften sowie standardisierte schriftliche Befragungen von Maßnahmeteilnehmern (Raab & Stubbert 2015, Kavemann 2012, Adams & Schmitz 2010, Hayes 2013, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 2013). In zwei Fällen wurden zudem Dokumentenanalysen durchgeführt (Kavemann 2012, Adams & Schmitz 2010). Im Rahmen lediglich einer Evaluation wurden Daten aus dem Bundeszentralregister herangezogen, um anhand von Rückfallhäufigkeiten sowie der Schwere erneut begangener Straftaten die Wirksamkeit der evaluierten Maßnahme zu ermitteln. Auch sind lediglich in dieser einen Evaluation Ergebnisse anderer Untersuchungen zum Vergleich herangezogen worden (Lukas 2012).

Evaluationsergebnisse

Im Ergebnis kommen alle Berichte zu einer positiven Bewertung der untersuchten Präventionsprojekte, wobei die Güte der diesen Bewertungen zu Grunde liegenden empirischen Erkenntnisse in Abhängigkeit vom methodischen Vorgehen stark variiert.

Wirkungsorientierte Evaluationsergebnisse

In einigen Studien geben die Autoren an, auch Wirkungsnachweise erbracht zu haben. Dies betrifft etwa die Ermittlung von Wissenszuwächsen (Hayes 2013, Ministerium des Innern 2013) oder im Hinblick auf die Persönlichkeitsentwicklung von Teilnehmern, deren gestiegene Motivation und Leistungsbereitschaft sowie die Stärkung von sozialen Kompetenzen (Adams & Schmitz 2010). In vielen Fällen werden Wirkungsindikatoren wenig valide ermittelt. Entsprechende Rückschlüsse beruhen etwa auf Selbsteinschätzungen von Teilnehmern hinsichtlich einzelner Items im Rahmen standardisierter Befragungen (z.B. „Hat sich deine Sicht auf andere Religionen verändert?“) oder werden aus Dokumentenanalysen sowie aus der Auswertung von Gruppeninterviews generiert. In einem anderen Beispiel beruht die positive Bewertung etwa des Wirkungsindikators „Stärkung sozialer Kompetenzen“ auf der Einschätzung von zwei Items („Können sich besser in andere hineinversetzen“ und „Reflektieren verstärkt was sie tun“) durch vier Projektbeteiligte sowie drei extern Beteiligte (aus Schule und Jugendzentrum).

Es werden in einem Fall signifikante Unterschiede zwischen Teilnehmern projektbezogener Workshops und Mitgliedern einer Kontrollgruppe in Bezug auf die Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Gendernormen berichtet (Raab & Stubbert 2015). Leider wurden im Rahmen dieser Untersuchung keine vergleichenden Messungen vor Beginn der Teilnahme an den Projektmaßnahmen durchgeführt und es werden keine zahlenmäßigen Angaben zu den erhobenen Daten gemacht.

Lediglich in einer Untersuchung werden die Effekte einer Interventionsmaßnahme auf Basis eines Vergleiches von Rückfallquoten, Rückfallschnelligkeit und Rückfallschwere ermittelt. Es wurde dabei eine Rückfallquote von knapp 18% der Interventionsteilnehmer festgestellt, was im Vergleich mit den Ergebnissen von Vergleichsstudien einer Verminderung der Re-Inhaftierungsquote von 61% entspricht (Lukas 2012, 3). Doch werden die Ergebnisse in diesem Fall dahingehend relativiert, dass ein Vergleich der Ergebnisse von zeitlich weit auseinanderliegenden Untersuchungen mit unterschiedlichen Zielgruppen und Interventionen im Hinblick auf deren Erfolg nur eine begrenzte Aussagekraft hat (Lukas

2012, 17). Mit Blick auf die hier betrachteten Fälle religiöser Radikalisierung nimmt der Bericht auch keine Differenzierung der verschiedenen Radikalisierungsrichtungen der (rechts-, links- oder religiös radikalisierten) Trainingsteilnehmer vor. Zudem ist den familiären Unterstützungssystemen und sozialen Lebensumständen sowie unterschiedlichen Integrationsmöglichkeiten in Ausbildung und Beruf eine wesentliche Bedeutung für die Rückfallvermeidung nach der Haftentlassung beizumessen, ohne dass diese Einflüsse in der Untersuchung verglichen oder kontrolliert werden konnten.

Es können daher in Deutschland keine Studien oder Evaluationsberichte identifiziert werden, die unter Anwendung quantitativer und / oder qualitativer Methoden, statistisch belastbare Aussagen zur Wirksamkeit von Maßnahmen oder Projekten der Prävention religiöser Radikalisierung zulassen.

Einer Übersichtarbeit zur Evaluation von Maßnahmen zur Prävention von religiösem Extremismus in Deutschland fehlt es daher an empirischen Grundlagen. Um in diesem jungen Präventionsfeld dennoch einen Beitrag zum fachlichen Diskurs und zur weiteren Professionalisierung zu leisten, sollen im Folgenden vorhandene explorative Erkenntnisse aus vorliegenden Evaluationen zusammengefasst werden.

Fachlichkeit und Professionalität

In verschiedenen Evaluationen werden Aspekte benannt, die als wesentlich erachtete Merkmale des Personals sowie die Einhaltung fachlicher Standards betreffen. Im Hinblick auf die Qualifikation des Personals ist etwa dafür Sorge zu tragen, dass eingesetztes Personal über eine fundierte pädagogische Ausbildung verfügt und mit Phänomenen des religiösen Extremismus vertraut ist (Kiefer 2015, 47). Dabei kann es hilfreich sein, wenn die Mitarbeiter über dieselbe nationale Herkunft oder Religionszugehörigkeit bzw. über vergleichbare Migrations- und Sozialisierungserfahrungen wie die Zielgruppe verfügen (Kavemann 2012, 6, 14; Adams/Schmitz 2010, 28). Multikonfessionell und -kulturell sowie beidgeschlechtlich gebildete Teams von Mitarbeitern eröffnen und fördern Identifikationspotentiale und erhöhen die Authentizität der vermittelten Projektinhalte (vgl. Hayes 2013, 26 f., Adams & Schmitz

2010, 52). Bezogen auf pädagogische Angebote der universellen Prävention wird die Bedeutung entsprechender Qualifikationsanforderungen auch vom Deutschen Jugendinstitut herausgestellt, durch das eine Programmevaluation von Projekten der Prävention von islamistischem Extremismus im Rahmen der Förderung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie stärken“ vorgenommen wurde. Es haben sich dabei fundierte Kenntnisse zu Lebenswelten muslimisch geprägter Jugendlicher sowie zu gesellschaftlichen Diskursen zum Islam in Deutschland als eine zentrale Voraussetzung für die pädagogische Auseinandersetzung mit Jugendlichen sowie mit Multiplikatoren und Fachkräften erwiesen (Leistner, Schau & Johansson 2014, 14). Für den Bereich der indizierten Prävention (Deradikalisierung) kommt der Qualifikation des Personals insofern eine besonders große Bedeutung zu, als im Zuge des Beratungsprozesses multiple emotionale, psychische, ideologische, religiöse sowie sicherheitsrelevante Hintergründe und Bezüge bedacht werden müssen (Dantschke & Köhler 2013, 194).

Zielgruppenzugang

Aus Sicht der Präventionsakteure stellt der Zielgruppenzugang - insbesondere im Bereich der indizierten Prävention - eine große Herausforderung dar. Dabei ist die Bandbreite möglicher Zugangswege zu den Präventionsangeboten groß und umfasst Hinweise von Freunden und Bekannten, die Vermittlung von Beratungshotlines oder eine entsprechende Medienberichterstattung (Dantschke & Köhler 2013, 196).

Im Bereich der primären und sekundären Prävention stellt die Beteiligung relevanter Akteure im Umfeld der Zielgruppe (Schulen, soziale Einrichtungen, Familie, Gemeinde) zu den wichtigen Prämissen für den Erfolg der Arbeit (Kiefer 2013, 6). Eine solche Einbindung gestaltet sich in der Praxis mitunter als schwierig. Gründe dafür können etwa

- Stigmatisierungsbefürchtungen oder das Desinteresse von Akteuren (Kiefer 2013, 6),
- das Erfordernis langwieriger Vertrauensbildungsprozesse (Hayes 2013, 23),
- oder dominierende Sicherheitsinteressen sein (Dantschke & Köhler 2013, 197).

Vielfältigkeit von Radikalisierungsverläufen und -motiven

Ebenso wie im Hinblick auf Radikalisierungsprozesse gibt es auch bei der Deradikalisierung keine einheitliche, universell gültige Formel zur Erklärung entsprechender Verläufe und Prozesse. Für Maßnahmen der Deradikalisierung bedeutet dies, dass ein zielgerichtetes Vorgehen immer am individuellen Einzelfall ausgerichtet werden muss und ganz verschiedene Maßnahmen umfassen kann (Dantschke & Köhler 2013, 191). Dies kann ein ideologischer und theologischer Diskurs mit dem Radikalisierten ebenso sein, wie eine intensive psychologische Betreuung, die Unterstützung beim Aufbau eines alternativen sozialen Umfeldes, die Aussöhnung mit der Familie oder ein Antigewalttraining. Im Rahmen der (systemisch verstandenen) Deradikalisierungsarbeit gilt es daher auf verschiedenen Ebenen (affektiv, pragmatisch und ideologisch) Hilfestellung anzubieten (Rabasa 2010, 42).

Austausch, Erfahrungs- und Wissenstransfer

Aus Sicht der Präventionspraktiker erscheint ein Austausch über Probleme (etwa im Zielgruppenzugang oder im Umgang mit institutionellen Kooperationen), aber auch zu Gelingensbeispielen und Praxiserfahrungen zwischen den vorhandenen Projekten erforderlich. Der konzeptionellen Entwicklung wirksamer Präventionsformate ist eine partikuläre Projektanordnung nicht förderlich, weshalb ein regelmäßiger wissenschaftlich begleiteter Erfahrungsaustausch im Rahmen von Förderprogrammen geboten erscheint (Kiefer 2013, 15).

Finanzierung

Die Befristung der Projekte sowie eine damit vielfach einhergehende temporäre Finanzierung steht nach Einschätzung von Akteuren einer nachhaltigen Realisierung der Projektziele (z.B. Entwicklung von Kooperationsbeziehungen, Verankerung/Etablierung von Angeboten im Sozialraum etc.) entgegen, da diese vielfach voraussetzen, dass Präventionsangebote auf Dauer angelegt sind (Kiefer 2013, Kavemann 2012, Hayes 2013).

Die Bedeutung der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit gerade für

Deradikalisierungsmaßnahmen im Bereich der selektiven Prävention hebt auch Köhler (2013a, 26) mit Hinweis auf eine durchschnittliche Beratungsdauer bei Ausstiegsfällen (im Bereich des Rechtsextremismus) von 3-4 Jahren hervor.

Diskussion

Der Überblick zu Evaluationen von Projekten zur Vorbeugung von religiösem Extremismus in Deutschland fällt im Vergleich zu anderen Präventionsfeldern ernüchternd aus. Es konnten insgesamt nur zu sieben Präventionsprojekten Evaluationsberichte ermittelt werden. Bezogen auf die Anzahl von über 100 Projekten in diesem jungen Präventionsfeld ist das vorhandene empirische Wissen allenfalls als rudimentär zu bezeichnen.

Hinsichtlich evidenzbasierter Erkenntnisse zur Prävention von islamistischem Extremismus lässt sich daher zusammenfassend ein ähnliches Resümee ziehen, wie es Lum, Kennedy & Sherley (2008, 41) bereits vor annähernd zehn Jahren in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung getan haben:

„Counter-terrorism policy needs to be rational, effective, and cause as little harm as necessary. There is only one way to determine whether counter-terrorism strategies are effective – by conducting methodologically valid evaluations of those strategies. It is clear that current counter-terrorism policies, strategies and tactics lack this evidence base.“

Ein solches Defizit an evaluativem, empirischem Wissen ist unter verschiedenen Gesichtspunkten kritisch zu bewerten.

- Das Vorliegen einer so geringen Anzahl von Evaluationen bedeutet, dass für die Vielzahl anderer Projekte im Bereich der Extremismusprävention keine vertieften Informationen zugänglich sind. Über deren Charakteristika, zu theoretischen und konzeptionellen Grundlagen, methodischen Vorgehensweisen, eingesetzten Ressourcen, Erfolgen oder Problemstellungen, vor allem aber in Hinblick auf deren Zielerreichung herrscht weitgehende Unkenntnis.

- Eine Professionalisierung und Weiterentwicklung in diesem Arbeitsgebiet wird dadurch erschwert, dass es kaum zugängliche Informationen über Gelingensbedingungen, Problemlösungsansätze und erprobte Konzepte der Radikalisierungsprävention gibt, die eine fachöffentliche Diskussion nähren könnten. Gerade in der aktuellen Phase, in der sich viele der entstandenen Präventionsangebote konzeptionell und methodisch erproben, wäre ein erfahrungsbasierter fachlicher Austausch besonders geboten.
- In Ermangelung eines solchen Erfahrungsaustausches sowie der fehlenden Publikation des vorhandenen empirischen Wissens können Präventionsakteure (wie beispielsweise Behörden, Schulen, Jugendhilfeträger oder Gemeinden) kaum auf erprobte Formate in ihrer Präventionsarbeit zurückgreifen (Kiefer 2013, 15).
- An die Integrität, Transparenz und Qualität von Maßnahmen der Prävention und Intervention sind im Bereich religiöser Radikalisierung besondere Anforderungen zu stellen. Diese ergeben sich vor allem aus potentiellen Sicherheitsrisiken im Bereich der indizierten Prävention, also in Bezug auf Ausstiegsarbeit und Deradikalisierung. Fehleinschätzungen involvierter Akteure im Hinblick auf das Gefährderpotential von Klienten oder Mängel in der Kommunikation und Koordination der beteiligten Professionen untereinander, bergen in diesem Bereich hohe Sicherheitsrisiken in sich. Risikoanalysen müssen daher auf höchstem fachlichen Niveau und abgestimmt erfolgen, um die Gefahr zukünftiger Straftaten zumindest einigermaßen effektiv einschätzen zu können (Köhler 2016, 189). Inwieweit dies in der Projektpraxis gewährleistet ist, kann auf Grund fehlender Transparenz kaum eingeschätzt werden.
- Schließlich ist belastbares empirisches Wissen aus einer Steuerungsperspektive unerlässlich, um zumindest mittelfristig finanzielle und sonstige Ressourcen gezielt dort einzusetzen, wo begründeter Anlass zur Annahme von Wirksamkeit besteht.

Internationale Erfahrungen

Der eklatante Mangel an Evaluationen im Bereich der (islamistischen) Extremismusprävention ist jedoch kein deutsches Spezifikum. Mit Blick auf internationale Forschungsergebnisse lassen sich vergleichbare Probleme identifizieren. Autoren internationaler Reviews zum Thema verweisen ebenfalls auf einen eklatanten Mangel an empirisch belastbarem Wissen in diesem Arbeitsfeld.

Nach einer systematischen Auswertung internationaler Evaluationsberichte resümieren Mastroe & Szmania (2016, 1), dass in einer Mehrzahl der wenigen vorhandenen Forschungsberichte aus dem Bereich der Deradikalisierung keine empirischen Daten enthalten seien. Typischerweise beinhalteten Evaluationen, sofern überhaupt Daten erhoben wurden, Hinweise zur Anzahl von Projektteilnehmern oder zu Rückfallhäufigkeiten der Teilnehmer.

Ein ähnliches Resümee ziehen auch die Verfasser eines internationalen Literaturreviews hinsichtlich der bei Evaluationen von Maßnahmen der Radikalisierungsprävention und -intervention verwendeten Methoden. Ihre Untersuchung zeige, dass sich kaum empirisch fundierte Hinweise auf die Wirksamkeit präventiver oder deradikalisierender Interventionen ermitteln ließen (Feddes & Gallucci 2015, 17, so auch Brett et. al. 2014, 42). Evaluationsberichte seien zumeist anekdotisch, stellten kaum Theoriebezüge her und beinhalteten selten (in lediglich 12% der 135 untersuchten Primärtexte) quantitative oder qualitative Primärdaten. Zudem seien die verwendeten Instrumente und Methoden der Evaluationen in aller Regel nicht spezifiziert worden. Es müsse daher festgestellt werden, dass es einen erheblichen Mangel an empirischen Überprüfungen von Aussagen und Annahmen im Bereich der Deradikalisierungsarbeit gibt (van Hemert et. al. 2014, 73).

Ursachen und Gründe

Der Gedanke, dass Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen empirisch überprüft und bewertet werden sollten, findet im Grundsatz breite Zustimmung. So stellt sich die Frage nach den Gründen dafür, dass dies in der Praxis vergleichsweise selten geschieht.

Marcus Kober: Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiöser Radikalisierung in Deutschland. 238

Eine erste maßgebliche Ursache kann darin gesehen werden, dass sich das Handlungsfeld in einer vergleichsweise frühen Entwicklungsphase befindet. Darüber hinausgehend macht Köhler (KPEBW 2016, 19) für vorhandene Defizite u. a. das nach wie vor fehlende Verständnis über zentrale Grundlagen und Begriffe in der Gesellschaft, rechtliche und bürokratische Hindernisse gerade für staatliche Programme sowie das Fehlen einer ‚nationalen Präventionsstrategie‘ mit einheitlichen oder zumindest richtungsweisenden Kriterien verantwortlich. Weitere Gründe sind das Fehlen einer entsprechenden Finanzierung der evaluativen Forschung, ein unzureichendes Eigeninteresse vieler zu evaluierenden Projekte (Köhler 2017, 188) sowie eine weit verbreitete Unklarheit über Ziele und Inhalte notwendiger Evaluationen (KPEBW 2016, 20).

In der internationalen Fachdiskussion werden vor allem methodische Gründe diskutiert, die als mitursächlich angesehen werden, dass so wenige Wirkungsevaluationen in der Radikalisierungsprävention durchgeführt werden.

Problem des kausalen Nachweises

Gerade in Bezug auf die wirkungsorientierte Evaluation von Maßnahmen der universellen Prävention wird ein grundsätzliches Problem darin ausgemacht, dass der weite Zeithorizont den Nachweis erschwert, dass etwa eine pädagogische Maßnahme - beispielsweise zur Förderung interkultureller Lern- und Entwicklungsprozesse oder zur Stärkung des Demokratieverständnisses -, einen ursächlichen Beitrag bei der Verhinderung extremistischer Gewalttaten gehabt hat (International Centre for the Prevention of Crime 2015, 97).

Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass in der Tat der Nachweis gesellschaftlicher Auswirkungen (Impacts) in diesem Bereich besonders schwer (etwa in Form aufwändiger Langzeitstudien) zu erbringen ist, sofern dazu als Wirksamkeitsindikator die Verhinderung religiös motivierter Gewaltanwendung herangezogen wird. Doch würde bereits ein wesentlicher Beitrag zur Professionalisierung und Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes geleistet, indem der methodisch belastbare Nachweis erbracht würde, dass die unmittelbaren

Projektziele (wie beispielsweise eine Stärkung des Toleranzvermögens, die Steigerung der Dialogkompetenz oder eine Förderung der Geschlechter- und Kultursensibilität) bei den Teilnehmenden realisiert worden sind. Unter Verwendung geeigneter Messinstrumente könnte ein solcher Nachweis idealerweise in einem Kontrollgruppendesign mit zumindest zwei Erhebungszeitpunkten geführt werden.

Ein anschauliches und leichter zu realisierendes Beispiel für eine zielführende Wirkungsevaluation im Bereich der universellen oder selektiven Prävention geben Feddes et al. (2013) mit der Evaluation des Diamant Programms. Dabei handelt es sich um ein Projekt der selektiven Prävention, dessen Zielgruppe jugendlicher Immigranten der ersten Generation als besonders radikalierungsgefährdet angesehen wird. Um die Wirksamkeit des Projektes zu ermitteln, wurden sowohl quantitative (schriftliche Befragung) als auch qualitative Methoden (Interviews) eingesetzt. Bei der Befragung von 46 männlichen und weiblichen muslimischen Jugendlichen sind u.a. bewährte Instrumente zur Messung psychologischer Konstrukte wie „Selbstachtung“, „Narzissmus“, „Empathie“, „individueller und kollektiver Deprivation“ sowie individueller Haltungen zur Gewaltanwendung verwendet worden. Im Rahmen leitfadengestützter Interviews wurden die Teilnehmer zudem vor, während und nach Teilnahme an den Projektmodulen u.a. zu den Trainern aber auch zu psychologischen Faktoren befragt. Im Ergebnis konnten verschiedene positive Wirkungen des Projektes festgestellt werden. Zu deren Nachweis wurden Wirksamkeitsindikatoren benannt, die mit weitgehend vorhandenen und getesteten Erhebungsinstrumenten gemessen worden sind.

Ein ähnliches Vorgehen wählen auch Kruglanski et al. (2014) im Rahmen einer umfangreichen Evaluation eines Deradikalisierungsprogramms für Mitglieder der sogenannten tamilischen Befreiungstiger. Charakteristika und Bestandteile dieses Programms sind u.a. Angebote für die Berufsausbildung Inhaftierter, die Trennung moderat eingestellter ehemaliger Mitgliedern der tamilischen Befreiungstiger von hoch militanten Inhaftierten sowie Angebote, die Teilnehmer ermutigen sollen sich mit sich selbst auseinander zu setzen, die individuelle Ausdrucksfähigkeit zu stärken und damit eine Reduzierung des Gruppenzugehörigkeitsgefühls zu bewirken (Kruglanski et al. 2014, 188). Über 1.900

inhaftierte Mitglieder der tamilischen Tiger wurden mittels eines Erhebungsinstrumentes befragt, das dem Kontext angepasste Items vorhandener Skalen etwa zur Einbettung in die Terrororganisation, die Bewertung des Gefängnispersonals sowie die Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Einstellungen beinhaltete. Die Evaluationsergebnisse beruhen auf einer zweimaligen Befragung der Inhaftierten (vor und nach Teilnahme an den Programmaktivitäten) sowie der Einbeziehung einer vergleichenden Erhebung in einer Kontrollgruppe. Die Evaluation attestiert dem Programm, dass Deradikalisierungsangebote - wie sie in Sri Lanka praktiziert wurden - sich in spezifischen Kontexten als effektiv erweisen können.

Das letztskizzierte quasiexperimentelle Untersuchungsdesign ist auch deshalb besonders hervorzuheben, weil im Bereich der Extremismusprävention, die im Rahmen von Wirksamkeitsnachweisen übliche Vorgehensweise - der Einbeziehung von Kontrollgruppen - sehr selten und äußerst umstritten ist. Zur Bildung geeigneter Kontrollgruppen bedarf es einer (möglichst zufälligen) Auswahl von Personen, die den Programmteilnehmern in einem höchst möglichen Maße ähnlich sind und idealerweise nur darin unterscheiden, dass sie nicht in die Präventions- oder Interventionsmaßnahme eingebunden sind. Im Fall der Extremismusprävention wirft ein solcher Untersuchungsansatz ethische und sicherheitsbezogene Fragen auf. Welche Risiken werden beispielsweise in Kauf genommen, wenn radikalisierten Personen die Teilnahme an Interventionsmaßnahmen auf Grund von Forschungsinteressen vorenthalten wird? Lässt es sich ethisch rechtfertigen Kontrollgruppenteilnehmer der potentiell größeren Gefahr einer extremistischen Radikalisierung auszusetzen? Daneben besteht in Deutschland eine weitere Herausforderung darin, überhaupt eine ausreichend große Anzahl von Kontrollgruppenteilnehmern mit hinlänglich vergleichbaren Radikalisierungshintergründen identifizieren zu können.

Uneinheitliche Wirksamkeitsindikatoren

Im Bereich der indizierten Prävention (also in Bezug auf Deradikalisierungsarbeit und Intervention) ergeben sich für die Evaluation spezifische Probleme, deren Erörterung in der

Marcus Kober: Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiöser Radikalisierung in Deutschland. 241

internationalen wissenschaftlichen Diskussion einen breiten Raum einnehmen (KPEBW 2016, 20 f.).

Zunächst stellt sich die Frage, woran im Grundsatz der Erfolg bzw. die Wirksamkeit eines Deradikalisierungsprojektes festgemacht werden soll. Zum einen lässt sich die Abkehr der Teilnehmer von einer Gewaltausübung als Erfolg der Deradikalisierungsarbeit ansehen. Zweitens kann darüber hinaus die ideologische Loslösung und Distanzierung von einem extremistischen Milieu als Indikator erfolgreicher Deradikalisierung operationalisiert werden. Abhängig von der Beantwortung dieser Frage, wären im Rahmen einer Evaluation unterschiedliche Indikatoren für die Bewertung der Wirksamkeit eines Projektes heranzuziehen. Während im ersten Fall etwa die Rückfallquote der Teilnehmer in Bezug auf entsprechende Straftaten zu analysieren ist, gilt es in der zweiten Variante einen ideologischen Einstellungswandel zu ermitteln und nachzuweisen (Rabasa 2010, 6 ff.). Ansätze, solche Veränderungen an physischen Merkmalen (wie Kleidungsgewohnheiten, Bärten etc.) oder Verhaltensänderungen (Reiseverhalten, Freundeskreise usw.) festmachen zu wollen, haben sich als untauglich erwiesen (Lindekilde 2012, 340). Zur Feststellung, dass ein Klient deradikalisiert ist bedarf es daher entsprechender Erhebungsinstrumente (Metriken), die eine zuverlässige Messung von Einstellungsspektren in Bezug auf religiösen Extremismus erlauben.

Die aufgeworfene Differenzierung zwischen Gewaltverzicht und Deradikalisierung ist auch mit Bezug auf die Prävention des Rechtsextremismus, begrifflich als ‚manifeste‘ bzw. ‚latente‘ Dimensionen des Rechtsextremismus diskutiert worden. Manifeste Formen des Rechtsextremismus sind etwa rechtsextrem-motivierte Gewalt oder das Tragen rechtsextremer Symbole, wohingegen rechtsextreme Einstellungen als eine latente Dimension des Rechtsextremismus zu bezeichnen wäre.

Hinsichtlich der Evaluation von Präventionsmaßnahmen im Bereich des Rechtsextremismus hat sich als zielführend erwiesen, sowohl latente als auch manifeste Merkmale in die Evaluation einzubeziehen (Widmer 2012, 58). Erforderlich und empfehlenswert für die Erhebung beider Dimensionen ist die Wahl eines multimethodischen

Zugangs. Für Evaluationen im Handlungsfeld des islamistischen Extremismus sollte auf diese Erfahrungen zurückgegriffen und soweit möglich eine Analyse etwa von Rückfallquoten mit der Ermittlung von Einstellungen verbunden werden. Diese beiden Wirkdimensionen sind also weniger konkurrierend als komplementär wahrzunehmen.

Wirksamkeitsindikatoren: Rückfallquoten und Fallzahlen

Besonders gebräuchliche Gradmesser zur Ermittlung der Wirksamkeit von Deradikalisierungsmaßnahmen sind die vergleichende Analyse von Rückfallquoten sowie die Anzahl von bearbeiteten Fallzahlen in den Projekten (KPEBW 2016, 20). Beide Wirkungsindikatoren erweisen sich bei genauerer Betrachtung als zumindest potentiell problembehaftet.

Um den Vergleich von Rückfallquoten zu ermöglichen und eine darauf basierende Bewertung vornehmen zu können, ist es grundsätzlich erforderlich genau darzulegen auf welche Formen des Rückfalls sich die ermittelten Daten beziehen. Wird beispielsweise jede erneut begangene Straftat als Rückfall gewertet, wird die Schwere erneuter Delinquenz berücksichtigt oder fließt nur eine erneute extremistisch motivierte Gewalttat bzw. die Rückkehr in eine gleichartige extremistische Szene in die Betrachtung ein (KPEBW 2016, 20)? Darüber hinaus sind die Betrachtungszeiträume darzulegen, für die eine etwaige Rückfälligkeit überprüft worden ist. Schließlich setzt ein Vergleich von Rückfallquoten voraus, dass die zugrunde gelegten Datenquellen (z.B. Informationen aus dem Bundeszentralregister, polizeiliche Auffälligkeit o.ä.) dargelegt und vereinheitlicht sind.

Wie auch das Beispiel der Evaluation von VPN-Trainingskursen (Lukas 2012) gezeigt hat, wird die Verwendung von Rückfallquoten als Wirksamkeitsindikator u.a. dadurch erschwert, dass es kaum geeignete Vergleichsgruppen gibt, deren Rückfallquoten als Bezugswert herangezogen werden können. Überraschenderweise belegen Forschungsbefunde, dass weniger als 5% der extremistischen Straftäter erneut wegen terroristischer Aktivitäten inhaftiert werden und damit eine deutlich geringere Rückfälligkeitsquote aufweisen als sonstige inhaftierte Straftäter (Silke 2014, 111). Dies macht u.a. die Sammlung von nationalen

Marcus Kober: Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiöser Radikalisierung in Deutschland. 243

und internationalen Rückfallquoten erforderlich, um mittelfristig eine solche Rückfälligkeits- ‚Basisquote‘ von radikalisierten Personen zu erhalten, die an keiner spezifischen Deradikalisierungsmaßnahme teilgenommen haben (Schuurman & Bakker 2015, 14). Bei der Berücksichtigung von Vergleichsquoten ist genau darauf zu achten, dass die jeweiligen Maßnahmen auch konzeptionell vergleichbar sind. Beispielsweise sind unterschiedliche Rückfallquoten in Abhängigkeit davon zu erwarten, ob es sich um aktive oder passive Ansätze handelt, die Klienten also freiwillig an einer Maßnahme teilnehmen oder nicht (Köhler 2017, 172).

Zudem weist Lukas (2012) darauf hin, dass die Rückfälligkeit von Straftätern in einem hohen Maße von sozialen Kontextbedingungen (wie der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit oder einer Einbindung in stabilisierende soziale Bezüge) abhängig ist. Um eine Vergleichbarkeit von Rückfälligkeitsquoten zu ermöglichen, ist es daher erforderlich diese externen Einflussfaktoren zu identifizieren und möglichst weitgehend zu kontrollieren. In der Praxis dürfte sich dies als außerordentlich schwierig erweisen. Schließlich bezieht sich die Analyse von Rückfallquoten in der Regel auf Teilnehmer die eine Maßnahme abschließend durchlaufen haben. Um den Erfolg einer Maßnahme einschätzen zu können, ist hingegen eine Betrachtung auch solcher Fälle von besonderem Interesse, in denen Klienten ihre Teilnahme abgebrochen haben.

In der Evaluationsforschung werden verschiedene Formen von Maßnahmewirkungen unterschieden, die vor allem durch die Nähe bzw. Distanz zur jeweiligen Intervention bestimmt sind. Veränderungen die in der Zielgruppe bewirkt werden, wie das Begehen oder Unterlassen von Straftaten, aber auch Einstellungsänderungen werden als sogenannte ‚Outcomes‘ bezeichnet. Projekt- und Maßnahmewirkungen die gesellschaftliche Veränderungen bedingen, stellen sogenannte ‚Impacts‘ dar. Im Fall religiöser Radikalisierung können sich diese etwa in der polizeilichen Kriminalstatistik oder in Mitgliederzahlen extremistischer Gruppierungen manifestieren. Weitere theoretisch erwartbare Impacts sind etwa der (zumindest langfristige) Rückgang terroristischer Anschläge, die Breite und Anzahl extremistischer Medien (Webseiten, Publikationen, Beiträge in sozialen Medien etc.) (Köhler

2017, 169) oder die kleiner werdende Zahl von Anhängern und Unterstützern extremistischer Gruppierungen (Köhler 2017, 167),

Direkt mit einer Maßnahme verbundene Wirkungen, die als deren Leistungen verstanden werden können, werden mit dem Begriff 'Outputs' bezeichnet. Die Ermittlung solcher outputs (Beratungsnachfrage, Teilnehmerzahlen oder Veranstaltungshäufigkeit etc.) erfreut sich in der Evaluationspraxis einiger Beliebtheit, weil entsprechende Indikatoren vergleichsweise einfach erhoben werden können. Im Hinblick auf die Evaluierung (also Bewertung) von Maßnahmen können Output-bezogene Indikatoren ihren Nutzen jedoch nur im Vergleich zu anderen Maßnahmen bzw. unter Berücksichtigung eines Vergleichsmaßstabes entfalten. Dazu bedarf es einer Standardisierung bzw. Harmonisierung bei der Erhebung von Indikatoren, wie im Folgenden beispielhaft illustriert wird.

Vielfach wird die Anzahl bearbeiteter Fälle als Erfolgsindikator von Präventionsprojekten ausgewiesen. Dabei hat diese Zahl als solches einen nur begrenzten Aussagewert und kann allenfalls als Anzeichen eines geglückten Zielgruppenzugangs gewertet werden. Abhängig von der jeweiligen Zielrichtung eines Projektes bzw. von den angesprochenen Zielgruppen, differiert der mit einer abschließenden Fallbearbeitung verbundene zeitliche und sonstige Ressourcenaufwand in erheblichen Maße. Als ein Fall kann ein einmaliges Beratungsgespräch besorgter Eltern ebenso gezählt werden, wie der langjährige Beratungs- und Begleitprozess einer stark radikalisierenden Person mit dem Ziel eines Ausstiegs oder einer Deradikalisierung.

Um eine auch nur annähernde Vergleichbarkeit zu ermöglichen, ist daher zunächst zu bestimmen, was als Fall gezählt wird und ein wie großer Aufwand mit der Bearbeitung eines bestimmten Falltypus verbunden ist. Auch ist in diesem Kontext darzustellen, unter welchen Bedingungen ein Fall als abgeschlossen gilt, welche Erfolgskriterien der Arbeit also zugrunde gelegt werden. Relevant wäre es zudem die Fallzahlen in ein Verhältnis zu etwaigen (Beratungs-) Abbrüchen bzw. zu abgeschlossenen Fallzahlen zu setzen. Erst ein solcher Vergleich lässt die Bestimmung einer Erfolgsquote zu. Schließlich sind entsprechende

Fallzahlen unter Effizienzgesichtspunkten wenig aussagekräftig, sofern sie nicht in ein Verhältnis zu den eingesetzten personellen und sonstigen Ressourcen gesetzt werden.

Komplexere Evaluationsdesigns

Auf Grund der Schwierigkeiten, die insbesondere mit der Evaluation von Deradikalisierungsprojekten verbunden sind, wird von Wissenschaftlern die Entwicklung von Metriken angemahnt, die als Instrumente zur Risikobewertung genutzt werden können, zugleich aber auch der Ermittlung von Deradikalisierungserfolgen zweckdienlich wären (Mastroe & Szmania 2016, 12). Instrumentell fehlt es an einem zuverlässigen Risikobewertungsprozedere, das unter Verwendung geeigneter Indikatoren ermöglicht, verringerte Rückfälligkeitsrisiken als Maßnahmewirkungen zu messen. Es sind daher Evaluationsdesigns angeregt worden, die eine Bewertung der Wirksamkeit von Deradikalisierungsarbeit in einer umfassenderen Perspektive ermöglichen sollen. Zu den vorgeschlagenen Evaluationsdesigns zählt etwa die „Multi Attribute Utility Technology“ (MAUT) (Horgan & Braddock 2010, 282) bei der es sich um einen Bewertungsansatz handelt, mittels dessen zunächst Zielsetzungen verschiedener involvierter Stakeholder identifiziert werden, um deren Erreichen in einem nächsten Schritt zu ermitteln.

Große Bedeutung hat in der Evaluationspraxis die Entwicklung von „Theories of change“ erlangt (Feddes & Gallucci 2015, 18). Es handelt sich dabei um Modelle, die eine logische, ursächliche Verbindung zwischen den Ressourcen, Aktivitäten, Leistungen, Erfolgen und Wirkungen eines Projektes herstellen (Romaniuk & Fink 2012, 9). Weit auseinanderliegende Wirkungszusammenhänge werden mit Hilfe eines solchen Modells in direktere Ursache-Wirkung-Relationen aufgeschlüsselt und damit einer Evaluation besser zugänglich gemacht. Eine weitere Stärke eines solchen Evaluationsansatzes besteht darin, dass projektbezogene Zielsetzungen sowie methodische Ansätze und Wirkmechanismen besser ausgeleuchtet und bewertet werden können (Fink, Romaniuk & Barakat 2013, 6). Im Idealfall werden auf diesem Wege nicht nur Erkenntnisse gewonnen, ob eine Maßnahme

wirkt oder nicht, sondern es wird darüber hinaus auch deutlich warum eine Intervention zu bestimmten Ergebnissen führt.

Eine Kombination von quantitativen und qualitativen Evaluationsgesichtspunkten ergänzt um eine Bewertung der strukturellen Integrität von Präventionsprojekten verdichtet Köhler (2017) zu einem umfassenden Evaluationsansatz. Die Basis einer umfassenden Evaluation muss danach die Überprüfung struktureller, organisations- und personalbezogener sowie inhaltlicher Kriterien darstellen. Dazu zählen etwa die notwendige Qualifikation, Erfahrung und Weiterbildung des Personals, die wissenschaftliche Fundierung zugrunde gelegter Interventionskonzepte, klar definierte Zielsetzungen, fundierte Anamneseverfahren, transparente Risikobewertungskriterien, klientenspezifische Interventionen und Maßnahmen der Qualitätssicherung (Köhler 2017, 296; KPEBW 2016, 23). Ergänzend zu diesen Integritätsmaßstäben trägt eine Erhebung quantitativer Indikatoren dazu bei, die Wirkungen eines Projektes zu beziffern. Zu den relevanten quantifizierbaren Indikatoren können etwa die Anzahl von Kontaktaufnahmen, Rückfallquoten, Teilnehmerzahlen, Beratungsdauer und -intensität, Abbruchraten, messbare Einstellungsänderungen, die Vermittlung von Teilnehmern in Arbeitsverhältnisse und viele andere Aspekte mehr sein. Um diese numerischen Indikatoren adäquat interpretieren und bewerten zu können, gilt es diese in Bezug zum jeweiligen Maßnahmentypus zu setzen (Köhler 2017, 189). Schließlich gilt es mittels qualitativer Methoden (Interviews mit Teilnehmern und Mitarbeitern oder in Form teilnehmender Beobachtung) zu ermitteln, welche Methoden bei welchen Klienten angewendet werden und welche positiven und negativen Auswirkungen damit verbunden sind (Köhler 2017, 190).

Weitere Ansätze zur Durchführung von Evaluationen verschiedener Zielrichtungen beinhalten etwa Monitoring- und Evaluationstools, wie sie Ellis et. al (2011) vorstellen. Zudem sind für Projekte im Bereich der Extremismusprävention spezifische praxisorientierte Handreichungen zur Evaluation entwickelt worden (beispielsweise Dawson et. al. 2014, GesBit 2016).

Es liegen somit verschiedene elaborierte Untersuchungsdesigns und Evaluationsinstrumente für die Evaluation von Präventionsprojekten religiös motivierter Radikalisierung vor. Doch harren diese Instrumente in Deutschland noch der Anwendung in der Präventionspraxis.

Fehlende Transparenz

Ein weiteres Problem betrifft die Zugänglichkeit von Evaluationsergebnissen, die in vielen Fällen nicht veröffentlicht und nur als graue Literatur zugänglich sind. Zukünftige Evaluationen sollten daher in einem höheren Maße veröffentlicht und frei zugänglich gemacht werden, um wechselseitige Lernprozesse und Vergleiche zwischen Projektansätzen sowie weitergehende Analysen zu ermöglichen (Romaniuk 2015, 35, Bundeskriminalamt 2017, 36). Werden Maßnahmen und Projekte von den Projektbeteiligten selbst evaluiert oder beruhen evaluative Erkenntnisse in hohem Maße auf Selbstauskünften von involvierten Akteuren, stellt sich zudem das Problem diese Informationen validieren zu können.

Als wichtiger Impuls für mehr Transparenz in der Präventionsarbeit sind die aktuell vorgelegten strukturellen Qualitätsstandards (KPEBW 2016) in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus anzusehen. Zur Förderung und Bewertung der strukturellen Integrität von Projekten werden darin Empfehlungen zu den Bereichen Programmleitung und -entwicklung, Personal und Organisation, Risikobewertung von Klienten, Beratung und Betreuung, Qualitätssicherung sowie Transparenz vorgestellt. Eine weitgehende Verbreitung und Akzeptanz der darin formulierten Standards in der Präventionspraxis sind u.a. deshalb wünschenswert, weil damit Indikatoren etabliert würden, die eine vergleichende Analyse auch konzeptionell unterschiedlicher Präventionsprojekte ermöglichen (Fink, Romaniuk & Barakat 2013, 5 f.).

Notwendigkeit einer Fehlerkultur

Eine wesentliche Voraussetzung für eine größere Verbreitung von Evaluationen im Bereich der Radikalisierungsprävention ist die Etablierung einer ausgeprägteren Fehlerkultur (El-Mafaalani et. al. 2016, 27). Mit Blick etwa auf Deradikalisierungs- und

Aussteigerprojekte ist eine reflexive Fehlerkultur bisher kaum ersichtlich. Es gibt praktisch keine Analysen über Problemverläufe und Prozesse des Scheiterns. Es bleiben in Folge dessen bisher u.a. die Fragen offen, welche Ausstiegswilligen die Deradikalisierungs- und Distanzierungsmaßnahmen abbrechen und aus welchen Gründen sie dies tun? Es stellt sich zudem die Frage, welche Konsequenzen die Projekte aus entsprechenden Erfahrungen ziehen (Jaschke 2015, 254)? Gerade die Etablierung einer solchen Fehlerkultur erscheint von außerordentlicher Relevanz.

Die Analyse und Diskussion von misslungenen Prozessen und Projekten sowie von nicht erwünschten Nebeneffekten bieten mitunter das höchste Lernpotential. Der - als solcher wahrgenommene - Zwang, Projekte und Maßnahmen als erfolgreich darzustellen erscheint als eines der größten Hindernisse für fundierte wissenschaftliche Begleitungen und Evaluationen (El-Mafaalani et. al. 2016, 28).

Fazit

In den letzten Jahren ist eine vielgestaltige Projektlandschaft zur Prävention von islamistischem Extremismus entstanden. Nur in sehr wenigen Fällen sind Evaluationen dieser Projekte durchgeführt bzw. veröffentlicht worden. Vorhandene Untersuchungen kommen zu positiven Bewertungen der Präventionsprojekte, doch gelingt in keiner der betrachteten Untersuchungen der empirisch belastbare Nachweis von projektbezogenen Wirkungen. Es werden keine Vorher-Nachher-Messungen vorgenommen und in nur einem Fall Kontrollgruppen in den Nachweis von Veränderungsprozessen einbezogen.

Die wenigen frei zugänglichen Evaluationen sind in Hinblick auf ihre Erkenntnisinteressen und methodischen Ansätze sehr heterogen und lassen eine zusammenfassende Verdichtung der Evaluationsergebnisse nicht zu. Es handelt es sich mehrheitlich um „graue Literatur“, die schwer recherchierbar und zugänglich ist. Das methodische Fundament der diesen Berichten zugrundeliegenden Evaluationen ist vielfach niedrig. Zudem bestehen teilweise große Diskrepanzen zwischen der Güte der erhobenen

Daten sowie den daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen und positiven Bewertungen der evaluierten Projekte.

Für verschiedene Perspektiven und Erkenntnisinteressen von Evaluationen (formativ-strukturell, prozessorientiert oder summativ-bewertend) in diesem Arbeitsbereich liegen Konzepte und Instrumentarien vor. Nun gilt es Evaluationen in der Praxis umzusetzen und damit einen dringend überfälligen Beitrag zur Qualitätssicherung und Professionalisierung in diesem Arbeitsbereich zu leisten.

Bei der Etablierung einer - für die Durchführung objektiver Evaluationen - förderlichen Fehlerkultur fällt insbesondere auch den Fördermittelgebern eine zentrale Bedeutung zu. Auf der einen Seite können diese die Einhaltung von evaluativen Standards sowie die Zielrichtung, Inhalte und qualitative Güte von Evaluationen beeinflussen. Zugleich sind sie aber auch in der Lage finanziell abhängigen Projekten Freiräume der Selbstreflexion und Fehlertoleranz einzuräumen.

Literatur

Adams, Dirk & Schmitz, Andreas (2010). *Evaluation des Projekts „Interkultureller Dialog zur Aktivierung und Partizipation von Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft*. o.O.

Brett, Julian, Eriksen, Kristina Bro, Sorensen, Anne Kristine Ronn & Aps, Tana Copenhagen (2015): *Evaluation Study. Lessons learned from Danish and other international efforts on Countering Violent Extremism (CVE) in development contexts*, Copenhagen.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2017). „Die Salafisten-Szene wird immer lokaler“. Interview der Deutsche Presse-Agentur mit Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz vom 07.01.2017. Verfügbar unter <http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/interviews/int-20170107-dpa> [21.03.2017].

Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2017). *Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Modulabschlussbericht*. Wiesbaden.

Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2016). *Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Schwerpunktdarstellung Präventionsprojekte in staatlicher Trägerschaft*. Wiesbaden.

Ceylan, Rauf / Kiefer, Michael (2013). *Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention*. Bundeszentrale für politische Bildung Schriftenreihe Band 1407. Bonn.

Dantschke, Claudia & Köhler, Daniel (2013). *Angehörigenberatung und Deradikalisierung. Theoretische und praktische Implikationen, sowie ein erster inhaltlicher Bericht über die Beratungsstelle Hayat*. In Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Ausgabe 1/2013, Seiten 184 – 199.

Dawson, Laura, Edwards, Charlie & Jeffrey, Calum (2014): *Learning and Adapting. The Use of Monitoring and Evaluation in Countering Violent Extremism*. A Handbook for Practitioners. London.

Deutscher Bundestag (2017). *Gefährder in Deutschland*. Drucksache 18/11369. Verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/113/1811369.pdf> [21.03.2017].

Ellis, Anthony, Cleary, Andrew, Innes, Michael & Zeuthen, Martine (2011). *Monitoring and Evaluation Tools für Counterterrorism Program Effectivness*. Center on Global Counterterrorism Cooperation. Policy brief September 2011.

Marcus Kober: Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiöser Radikalisierung in Deutschland.

El-Mafaalani, Aladin, Fathi, Alma, Mansour, Ahmad, Müller, Jochen, Nordbruch, Götz & Waleciak, Julian (2016). *Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit*. Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. HSFK-Report Nr. 6/2016 (HSFK-Reportreihe „Salafismus in Deutschland“, hrsg. von Janusz Biene, Christopher Daase, Svenja Gertheiss, Julian Junk, Harald Müller). Frankfurt.

Farschid, Olaf (2016): *Islamismusprävention und Deradikalisierung*. In Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.). Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention. Vorstellung der geförderten Projekte. Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 59. Berlin.

Feddes, Allard R. & Gallucci, Marcello (2015). *A Literature Review on Methodology used in Evaluating Effects of Preventive and De-radicalisation Interventions*. In Journal for Deradicalisation Winter 15/16 Nr. 5.

Feddes, Allard R., Mann, Liesbeth & Doosje, Bertjan (2013). *Does it work? How to evaluate effectiveness of a programme preventing radicalisation*. Amsterdam.

Fink, Naureen Chowdhury, Romaniuk, Peter & Barakat, Rafia (2013). *Evaluating Countering Violent Extremism Programming*. Practice and Progress. Center on Global Counterterrorism Cooperation.

GesBit - Gesellschaft für Bildung und Teilhabe mbH (2016). *Arbeitshilfe Wirksamkeit und Selbstevaluation*. Qualitätswerkstatt Modellprojekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Berlin.

Jaschke, Hans-Gerd (2015). *Bekämpfung des Terrorismus – Was leisten Deradikalisierungsprogramme?* In Die Polizei 2015 Ausgabe 9. Seiten 250 – 255.

Hasseler, Martina (2007). *Systematische Übersichtsarbeiten in qualitativer Gesundheits- und Pflegeforschung – eine erste Annäherung*. In Pflege und Gesellschaft 12. Jg. 2007 H.3. Seiten 249-262.

Hayes, Jenny (2013). *MAXIME Wedding – Modellprojekt zur Prävention von islamistischem Extremismus im Berliner Bezirk Wedding (Violence Prevention Network e.V.). Bericht der Prozessdokumentation*. Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e.V. Berlin.

Horgan, John & Braddock, Kurt (2010). *Rehabilitating the Terrorists? Challenges in Assessing the Effectiveness of De-radicalization Programs*. In *Terrorism and Political Violence*, 22:267–291. Routledge.

Marcus Kober: Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiöser Radikalisierung in Deutschland. 252

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) (2015). *Preventing Radicalization: A systematic Review*. Montreal.

Kavemann, Barbara (2012). *Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts „HEROES Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“*. Berichtszeitraum 2009 bis 2012. Berlin.

Kiefer, Michael (2015). *Auf dem Weg zur wissenschaftsbasierten Radikalisierungsprävention? Neosalafistische Mobilisierung und die Antworten von Staat und Zivilgesellschaft*. In forum kriminalprävention 1/2015. Seiten 42 – 48.

Kiefer, Michael (2014). *Dialog als Methode der Radikalisierungsprävention - Das Modellprojekt „Ibrahim trifft Abraham“*. In Wael El-Gayar, Katrin Strunk (Hrsg.). *Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland. Analysen. Methoden der Prävention. Praxisbeispiele*, Schwalbach: Wochenschau Verlag. Seiten 125 - 139.

Kiefer, Michael (2013). *Dialog als Methode der Radikalisierungsprävention. Das Modellprojekt „Ibrahim trifft Abraham“*. Düsseldorf.

Köhler, Daniel (2017), *Understanding Deradicalization. Methods, tools and programs for countering violent extremism*. London: Routledge.

Köhler, Daniel (2016): *Fachliche und praktische Anforderungen an Deradikalisierungsprogramme im islamistisch-dschihadistischen Bereich. Zum Stand der Diskussion und praktischen Umsetzbarkeit*. In Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II)*. Brühl/Rheinland, Seiten 181 - 198.

Köhler, Daniel (2014a). *Deradikalisierung und Terrorismusbekämpfung – Eine sinnvolle Ergänzung*. In der Kriminalist 12/2014 – 1/2015. Seiten 22 – 25.

Köhler, Daniel (2014b): *Grundlegende Qualitätsstandards in der Angehörigenberatung als Teilbereich der Deradikalisierungsforschung*. In Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Ausgabe 3/2014. Seiten 226 – 244.

Köhler, Daniel (2013a). *Über die Notwendigkeit einer deutschen Radikalisierungsforschung und die entsprechenden Grundlagen*. In Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Ausgabe 1/2013. Seiten 20 – 40.

Köhler, Daniel (2013b). *Family Counselling as Prevention and Intervention Tool Against „Foreign Fighters“*. The German „Hayat“ Program. In Journal EXIT-Deutschland.

Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Ausgabe 3/2013. Seiten 182 – 204.

Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen den (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) (Hrsg.) (2016). *Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus*. Ein Handbuch für Praktikerinnen, Praktiker und Koordinationsstellen sowie zivilgesellschaftliche Projektträger in Deutschland. Stuttgart.

Kruglanski, Arie W., Gelfan, Michele J., Bélanger, Jocelyn J., Gunaratna, Rohan & Hettiarachchi, Malkanthi (2014). *De-radicalising the Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Some preliminary findings*. In A. Silke (Ed.), *Prisons, Terrorism and Extremism: Critical Issues in Management, Radicalization and Reform* (pp. 183-196). London: Routledge.

Leistner, Alexander, Schau, Katja & Johansson, Susanne (2014). *Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“*. Berichtszeitraum 01.01.2011 – 31.12.2014. Deutsches Jugendinstitut. München.

Lindekilde, Lasse (2012). *Introduction: assessing the effectiveness of counter-radicalization policies in North-Western Europe*. In *Critical Studies on Terrorism* Vol. 5, No. 3, Dezember 2012. pp. 335 – 344.

Linea, Ava & Claudia Dantschke (2016). *Systemische Deradikalisierungsarbeit am Beispiel der Initiative HAYAT-Deutschland*. In *Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur*. Ausgabe 3/2016. Seiten 1 – 11.

Lukas, Helmut (2012). *Untersuchung zur Legalbewährung der Teilnehmer an VPN-Trainingskursen im Jugendstrafvollzug*. Kommentierte Kurzfassung. Berlin.

Lum Cynthia, Kennedy, Leslie W. & Sherley, Alison (2008). *Is counter-terrorism policy evidence-based? What works, what harms, and what is unknown*. In *Psicothema* 2008. Vol. 20, n° 1. Seite 35-42.

Mayring, Philipp. (2012). *Mixed Methods - ein Plädoyer für gemeinsame Forschungsstandards qualitativer und quantitativer Methoden*. In M. Gläser-Zikuda, T. Seidel, C. Rohlf, A. Gröschel & S. Ziegelbauer (Hrsg.), *Mixed Methods in der empirischen Bildungsforschung* (S. 287-300). Münster: Waxmann.

Mastroe, Caitlin & Susan Szmania (2016). *Surveying CVE Metrics in Prevention, Disengagement and De-Radicalization Programs*, Report to the Office of University

Programs, Science and Technology Directorate, Department of Homeland Security. College Park, MD: START.

Mastroe, Caitlin (2016). *Evaluating CVE: Understanding the Recent Changes to the United Kingdom's Implementation of Prevent*. In PERSPECTIVES OF TERRORISM Volume 10, Issue 2. S. 50-60.

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (2013). *Zweiter regionaler Sicherheitsdialog. Integration, Ausländerfeindlichkeit und islamistischer Extremismus*. Ein Projekt der Landesintegrationsbeauftragten und des Verfassungsschutzes - April 2013 bis Mai 2013 - Ergebnisse der Evaluation. Potsdam.

Neumann, Peter R. (2015). *Die neuen Dschihadisten. IS, Europa, und die nächste Welle des Terrorismus*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 1672. Bonn.

Raab, Michaela & Stuppert, Wolfgang (2015): *HEROS - Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre. Ein Peer-Ansatz mit Jugendlichen aus „Ehrenkulturen“* In Albrecht Lüter, Michael Bergert (Hrsg.). *Gewaltprävention in einer pluralen Stadt. Drei Projektevaluationen*. Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention im Auftrag der Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Berlin.

Rabasa, Angel, Pettyjohn, Stacie, Ghez, Jeremy & Boucek, Christopher (2010): *Deradicalization Islamist Extremists*. RAND Corporation. Santa Monica.

Romaniuk, Peter (2015). *Does CVE Work? Lessons learned from the Global Effort to Counter Violent Extremism*, Global Center on Cooperative Security. Goshen.

Romaniuk, Peter & Fink, Naureen Chowdhury (2012). *FROM INPUT TO IMPACT: EVALUATING TERRORISM PREVENTION PROGRAMS*. Center on Global Counterterrorism Cooperation.

Schuurman, Bart & Edwin Bakker (2015). *Reintegrating jihadist extremists: evaluating a Dutch initiative, 2013 - 2014*. In Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression. DOI: 10.1080/19434472.2015.1100648. Seiten 1 – 20. Routledge.

Silke, Andrew (2014). *Risk assessment of terrorist and extremist prisoners*. In Andrew Silke (Hrsg.). *Prisons, Terrorism and Extremism. Critical issues in management, radicalization and reform* (pp. 108-122). London: Routledge.

Steffen, Wiebke (2015). *Prävention der salafistischen Radikalisierung (Teil 2)*. In forum kriminalprävention 4/2015, Seite 52 – 56.

Trautmann, Catrin & Zick, Andreas (2016). *Systematisierung von in Deutschland angebotenen und durchgeführten Präventionsprogrammen gegen islamistisch motivierte Radikalisierung außerhalb des Justizvollzugs*. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Bielefeld.

Univation GmbH Hrsg. (2004). *Das A-B-C der wirkungsorientierten Evaluation. Glossar – Deutsch / Englisch - der wirkungsorientierten Evaluation*. Köln.

van Hemert, Dianne, van den Berg, Helma, van Vliet, Tony, Roelofs, Maaike & Huis in 't Veld, Mirjam (2014). *Synthesis report on the state-of-the-art in evaluating the effectiveness of counter-violent extremism interventions*. Forschungsprojekt Innovative Method and Procedure to Assess Counter-violent-radicalisation Techniques in Europe (IMPACT).

Widmer, Thomas (2012). *Wirkungsevaluation zu Maßnahmen der Demokratieförderung*. In R. Strobl et al. (Hrsg.), *Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur*. Springer Fachmedien. Wiesbaden.

About the JD Journal for Deradicalization

The JD Journal for Deradicalization is the world's only peer reviewed periodical for the theory and practice of deradicalization with a wide international audience. Named an [“essential journal of our times”](#) (Cheryl LaGuardia, Harvard University) the JD's editorial board of expert advisors includes some of the most renowned scholars in the field of deradicalization studies, such as Prof. Dr. John G. Horgan (Georgia State University); Prof. Dr. Tore Bjørgo (Norwegian Police University College); Prof. Dr. Mark Dechesne (Leiden University); Prof. Dr. Cynthia Miller-Idriss (American University Washington); Prof. Dr. Marco Lombardi, (Università Cattolica del Sacro Cuore Milano); Dr. Paul Jackson (University of Northampton); Professor Michael Freeden, (University of Nottingham); Professor Hamed El-Sa'id (Manchester Metropolitan University); Prof. Sadeq Rahimi (University of Saskatchewan, Harvard Medical School), Dr. Omar Ashour (University of Exeter), and Prof. Neil Ferguson (Liverpool Hope University), Prof. Sarah Marsden (Lancaster University), and Dr. Kurt Braddock (Pennsylvania State University).

For more information please see: www.journal-derad.com

Twitter: @JD_JournalDerad

Facebook: www.facebook.com/deradicalisation

The JD Journal for Deradicalization is a proud member of the Directory of Open Access Journals (DOAJ).

ISSN: 2363-9849

Editors in Chief: Daniel Koehler, Tine Hutzel